Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel
KW 14
31.03. bis 06.04.2025

„Bei Schulassistenz viel Luft nach oben“

Parteichefin der Liste Fritz reagiert auf „Krone“-Bericht und bringt Vorschlag

Die beiden jüngsten Berichte der „Krone“ über die Inklusion in Tirols Schulen sorgten für eine Reaktion der im Landtag vertretenen Liste Fritz. „Der Fall der achtjährigen Lucia aus Innsbruck und ihrer Familie zeigt auf, dass das Land bei der Betreuung von Kindern mit Unterstützungsbedarf in Bildungseinrichtungen noch viel Aufholbedarf hat“, übt Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider Kritik an den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ. Sie rechnet vor, dass derzeit über 2000 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden. Jedoch lasse das Ausbildungsniveau der Schulassistenten vielerorts noch zu wünschen übrig. Das sei freilich nicht akzeptabel.

„Es geht um das Recht auf bestmögliche Betreuung!“

„Es braucht genügend Assistenzkräfte, damit die Kinder bestens betreut in den Unterricht eingebunden werden können. Auch die Eltern wollen sichergestellt wissen, dass die Regelschule ihre Kinder optimal betreuen kann. Dass bei der Qualität vieler Assistenzkräfte noch Luft nach oben ist, liegt unter anderem auch an der Bezahlung. Hier müssen wir Anreize schaffen“, ist die Politikerin überzeugt.

Sie schlägt nun vor, dass man die Ausbildungsschiene mehrmals im Jahr starten lassen solle. „Momentan kann man nur im Herbst mit der Ausbildung zur Schulassistenz beginnen“, bemängelt Haselwanter-Schneider. Abschließend betont sie, dass es in diesem Fall nicht um irgendwelche Zuständigkeiten gehe, „sondern um das Recht auf bestmögliche Betreuung in der Schule“.

Manuel Schwaiger

> *Es braucht genügend Assistenzkräfte, damit die Kinder bestens betreut in den Unterricht eingebunden werden können.*

Andrea Haselwanter-Schneider, Parteiobfrau der Liste Fritz

Foto: Christof Birbaumer

Gegen „Freikauf für Reiche“ bei illegalen Feriensitzen

Innsbruck – Der Vorstoß des Innsbrucker Rechtsanwalts Dietmar Czernich (CGH), alle Freizeitwohnsitze in Tirol mit einer jährlichen Abgabe über insgesamt 600 Mio. Euro zugunsten der Gemeindekassen zu belasten und damit aber auch die illegalen Feriensitze zu legalisieren, stößt bei der Opposition auf Kritik. „Die Liste Fritz lehnt den Vorschlag ‚Geld für Legalisierung‘ illegaler Freizeitwohnsitze entschieden ab“, betont Klubchef Markus Sint. Es könne „kein Freikaufen für Reiche bei illegalen Feriensitzen“ geben.

Czernichs Vorstoß zeige vielmehr, dass die Kontrollen wirken und bei betroffenen Käufern, deren Rechtsanwälten, Steuerberatern und Immobilienmaklern für Unruhe sorgen, so Sint: „Die Profiteure brauchen keine Krokodilstränen weinen und Täter-Opfer-Umkehr betreiben.“ Die Eigentümer könnten ihre illegalen Feriensitze verkaufen, meint Sint. „Damit sinken auch die Preise und der Markt für illegale Freizeitwohnsitze trocknet aus.“ Diese würden Grund und Boden verknappen, Wohnen verteuern und „seelenlose Geisterdörfer“ hervorbringen.

Illegale Feriensitze sorgen weiter für Debatten. Foto: iStock

Czernichs Vorschlag dagegen, gewisse Gemeinde-Agenden an die BH abzutreten, unterstützt Sint. „Die Kontrolle der Freizeitwohnsitze von Bürgermeistern zum Land zu verlagern, habe ich vor Jahren im Landtag beantragt. Die ÖVP war aber dagegen.“

Aus Sicht von NEOS-Mandatarin Susanna Riedlsperger liege bereits „ein ernstzunehmender Vorschlag am Tisch, wie die aktuell mäßig wirksame Freizeitwohnsitzabgabe geändert werden soll“. Die Abgabe sei aktuell weder treffsicher noch wirksam. „Bevor neue Modelle umgesetzt werden, braucht es eine Bestandsaufnahme“, so Riedlsperger. Die NEOS wollen eine Initiative zur Evaluierung des bisherigen Modells einbringen. *(mas)*

„Tolle Zeit zum Reichwerden“: Donald Trump mit seiner Liste der Staaten, die er mit Zöllen bestraft. Diese schaden auch den USA selbst. Foto: APA/AFP/Saul Loeb

So belastet die Zoll-Attacke Österreichs Wirtschaft

Der Austro-Schaden durch die amerikanischen Importzölle dürfte in die Milliarden gehen. Donald Trump könnte aber noch weiter gehen.

Brüssel, Washington, Innsbruck – Die neuen US-Zölle treffen in Österreich vor allem die Industrie. Im Fahrzeugbau könnten die Zölle laut einer Wifo-Analyse vom Freitag zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 2,3 Prozent führen. Die gesamte heimische Wirtschaftsleistung dürften sie kurzfristig um 0,23 Prozent nach unten drücken und zugleich die Inflation abschwächen. Auch bei Raiffeisen Research und in der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) versuchen sich Ökonomen an Folgenabschätzungen.

Das Minus im Fahrzeugbau entspreche einem Verlust von 616 Millionen Euro, schreibt der Wifo-Ökonom Hendrik Mahlkow. In der Eisen- und Stahlindustrie falle der Rückgang mit 2,5 Prozent noch deutlicher aus. In absoluten Zahlen entspreche dies einem Minus von 422 Mio. Euro an Wertschöpfung.

Die erwartbar sinkende US-Nachfrage nach österreichischen Produkten führe zu einem negativen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,23 Prozent – und der Effekt werde sich noch verstärken. Durch die geringere Nachfrage werde auch die Inflation ausgebremst. Beim Wifo rechnet man hier mit einem um 1,1 Prozent niedrigeren Preisniveau. Allerdings seien die Preiseffekte schwer vorherzusagen, da die Zölle auch zu Verschiebungen bei den weltweiten Wechselkursen führen würden, so Wifo-Experte Harald Oberhofer.

Foto: Springer

> *„Für die Tiroler Industrie ist solche Unsicherheit mitten in der Rezession natürlich sehr schlecht.“*
>
> **Max Kloger**
> **(Tiroler Industriellen-Präsident)**

Getroffen von den aggressiven US-Zöllen wird auch die Tiroler Industrie, die jährlich Waren im Wert von ca. 900 Mio. Euro in die Vereinigten Staaten exportiert. Es sei noch nicht klar, wie groß der Schaden für die Tiroler Betriebe sein wird, sagt Industriellen-Präsident Max Kloger zur *TT*. Betroffen seien auch seine Unternehmen, die Tiroler Rohre. Beim letzten Mal sei es ein Wechselspiel aus Zöllen und dann doch wieder Ausnahmen gewesen. Für die Industrie, die ohnehin im dritten Rezessionsjahr steckt, seien die US-Zölle natürlich Gift. Die Wirtschaft brauche offene Märkte. Kloger glaubt, dass Donald Trump nur mit ebenso harten EU-Gegenmaßnahmen vielleicht zu einer Kurswende zu bringen ist.

„Schock“ in USA erwartet

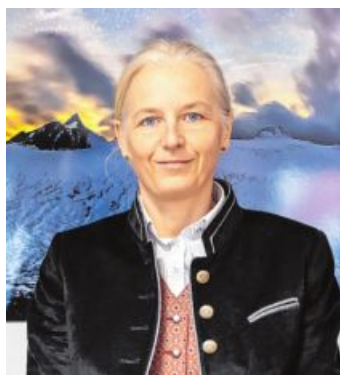
Für die USA selbst rechnet der Wifo-Ökonom Mahlkow mit einem negativen BIP-Effekt von 1,7 Prozent. Die Inflation in dem Land soll dann auf satte 7,3 Prozent steigen. Auch die deutsche Wirtschaftsweise Ulrike Malmendier geht davon aus, dass den USA ein „Inflationsschock“ bevorstehe, und der werde der Trump-Regierung zugerechnet werden. Die negative Reaktion der Börsen und Finanzmärkte zeige deutlich, was die Wirtschaft davon halte. Es habe die größten Kursverluste der letzten Jahre gegeben. Das treffe auch die US-Pensionskassen, die Geld in Wertpapieren angelegt haben, und die Leute, die sich auf die Zahlungen der Kassen verlassen. Die Europäer müssten jetzt ihren Binnenmarkt stark machen und noch bestehende Hemmnisse in der EU abbauen.

Experten diskutieren bereits, was nach dem Zollhammer kommt. Mit dem Zollkonflikt hat Trump seine Möglichkeiten noch nicht ausgereizt – die America-First-Politik könnte auch für andere Felder gelten. Und mit der Weltleitwährung Dollar hat Trump einen mächtigen Hebel. *(va, wer, APA, dpa)*

Rasches Aus für Gletscher wäre besser

Top-Wissenschafterin Andrea Fischer sieht trotz Klimawandel weiter gute Tourismus-Chancen. Die heurige Wintersaison läuft gut.

Von Alois Vahrner



Die Glaziologin Andrea Fischer mahnt zu Flexibilität. Foto: APA/Groder

Stuben am Arlberg – Im Vorjahr konnte Österreich mit 154 Mio. Nächtigungen einen neuen Rekord erreichen. Und trotz des dritten Rezessionsjahrs in Folge und geopolitischer Unsicherheiten sei Skiurlaub in Österreich auch in diesem Winter sehr gut gebucht. Von November bis Februar stiegen die Nächtigungszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent, so Wifo-Experte Oliver Fritz beim Tourismus-Symposium in Stuben.

Rückgänge gebe es bei Deutschen und Holländern, das machten aber Österreicher, Osteuropäer und zahlungskräftige US-Touristen mehr als wett. „Wir sind in diesen Zeiten ein Fels in der Brandung“, freut sich Tourismus-Bundesspartenobmann Robert Seeber. Österreich sei auch international gesehen ein „Tourismus-Riese“. Mit den Nächtigungen zuletzt nicht mitgehalten haben aber angesichts der Kostensteigerungen die Erträge, so Seeber und Fritz. An der Zahl der Urlaube werde nicht gespart, bei den Ausgaben vor Ort aber sehr wohl.

Auch 2100 Wintersport

Aufhorchen lässt Österreichs Wissenschafterin des Jahres 2023, Andrea Fischer. Trotz Klimawandel sieht die renommierte Glaziologin auch in Zukunft gute Chancen für den Tourismus, auch im Winter. Bis zum Jahr 2100 werde es zwar voraussichtlich um mindestens 2 Grad wärmer, in höheren Lagen oberhalb von 1800 bis 2000 Metern werde aber Wintersport auch in Zukunft möglich sein. Vieles sei noch unklar, etwa verschiedene Klima-Kipppunkte. Durch ein Nachlassen des Golfstroms könnte es im Winter aber auch mehr Niederschläge geben.

Die Gletscher in den Ostalpen würden jedes Jahr um fünf Prozent kleiner und bald verschwinden, das sei ein Faktum. Und da sei es „gut, wenn sie schnell schmelzen“. Dann nämlich seien die Folgeschäden in den alpinen Regionen kleiner. Sie sei gegen Dramatisierungen „im Umgang mit der Diskussion um die Klimaänderung“, sagt Fischer. In den Alpen habe man schon immer flexibel reagieren müssen. Die Alpen seien schon komplett eisfrei und dann bis in die Täler vereist gewesen. „Ein Ötzi hat damals keine Schneeräumung gebraucht.“ Tiere und Vegetation würden in die Höhe wandern. Da werde dies dann auch für Schutzgebiete gelten, weil das Geschützte dann nicht mehr am angestammten Platz anzutreffen sei.

Lostag für Benkos U-Haft

Wien – Seit 24. Jänner befindet sich der Tiroler Investor René Benko in U-Haft. Bereits kommenden Montag wird sich entscheiden, ob Benko – für ihn gilt die Unschuldsvermutung – in U-Haft bleibt, bestätigten das Wiener Landesgericht und die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) der APA. Der Anwalt von Benko soll einen Enthaftungsantrag gestellt haben. Spätestens am 27. April hätte über die Verlängerung der U-Haft entschieden werden müssen.

Die WKStA geht davon aus, dass die Voraussetzungen für die U-Haft weiterhin vorliegen. Nicht bestätigt wurde, dass eine Anklage noch im April bevorstehe. Aber: „Die Ermittlungen sind in vollem Gange“, teilte die WKStA mit. *(APA)*

Jones ging in den vergangenen Jahren zweimal pleite. Foto: Jones

Modehändler Jones hört im Sommer auf

Wien – Der Wiener Modehändler Jones sperrt zu und gibt Ende Juni 30 eigene Filialen auf, 20 davon in Österreich. Vom Rückzug der Marke betroffen sind auch zehn franchisegeführte Shops und mehr als hundert Verkaufsstellen im Fachhandel sowie 110 Beschäftigte. Für 80 von ihnen soll es bereits Interesse im Handel geben. Bis auf vier Standorte werden drei Modemarken sämtliche Geschäfte übernehmen und Jones als Mieter nachfolgen. In Tirol führt Jones insgesamt vier Filialen bzw. In-Store-Shops.

Das Unternehmen hatte in den vergangenen Jahren bereits zweimal Insolvenz angemeldet. *(TT, APA)*

Gegen „Freikauf für Reiche“ bei illegalen Feriensitzen

Innsbruck – Der Vorstoß des Innsbrucker Rechtsanwalts Dietmar Czernich (CGH), alle Freizeitwohnsitze in Tirol mit einer jährlichen Abgabe über insgesamt 600 Mio. Euro zugunsten der Gemeindekassen zu belasten und damit aber auch die illegalen Feriensitze zu legalisieren, stößt bei der Opposition auf Kritik. „Die Liste Fritz lehnt den Vorschlag ‚Geld für Legalisierung‘ illegaler Freizeitwohnsitze entschieden ab“, betont Klubchef Markus Sint. Es könne „kein Freikaufen für Reiche bei illegalen Feriensitzen“ geben.

Czernichs Vorstoß zeige vielmehr, dass die Kontrollen wirken und bei betroffenen Käufern, deren Rechtsanwälten, Steuerberatern und Immobilienmaklern für Unruhe sorgen, so Sint: „Die Profiteure brauchen keine Krokodilstränen weinen und Täter-Opfer-Umkehr betreiben.“ Die Eigentümer könnten ihre illegalen Feriensitze verkaufen, meint Sint. „Damit sinken auch die Preise und der Markt für illegale Freizeitwohnsitze trocknet aus.“ Diese würden Grund und Boden verknappen, Wohnen verteuern und „seelenlose Geisterdörfer“ hervorbringen.

Illegale Feriensitze sorgen weiter für Debatten. Foto: iStock

Czernichs Vorschlag dagegen, gewisse Gemeinde-Agenden an die BH abzutreten, unterstützt Sint. „Die Kontrolle der Freizeitwohnsitze von Bürgermeistern zum Land zu verlagern, habe ich vor Jahren im Landtag beantragt. Die ÖVP war aber dagegen.“

Aus Sicht von NEOS-Mandatarin Susanna Riedlsperger liege bereits „ein ernstzunehmender Vorschlag am Tisch, wie die aktuell mäßig wirksame Freizeitwohnsitzabgabe geändert werden soll“. Die Abgabe sei aktuell weder treffsicher noch wirksam. „Bevor neue Modelle umgesetzt werden, braucht es eine Bestandsaufnahme“, so Riedlsperger. Die NEOS wollen eine Initiative zur Evaluierung des bisherigen Modells einbringen. *(mas)*

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

1300

KINDER
mit besonderem Förderbedarf werden laut Land derzeit in Tirol in interaktiven Regelklassen unterrichtet, 760 besuchen eine Sonderschule.

LAND FÖRDERT AUSBILDUNG
Es fehlt an qualifiziertem Personal für Schulassistenz. Um das zu ändern, bietet die Pädagogische Hochschule Tirol seit 2019 einen Lehrgang an. Um mehr Bewerber ausbilden zu können, förderte das Land den Lehrgang heuer mit 72.300 Euro.

Schule eine Katastrophe“

Foto: Christof Birbaumer

DATEN & FAKTEN

- Derzeit werden an Tirols Pflichtschulen sowie an mittleren und höheren Schulen laut Land über 2000 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet.
- Rund 760 der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen demnach eine der 19 Sonderschulen, während 1300 integrativ in Regelschulklassen unterrichtet werden.
- Damit die Kinder gut durch den Schulalltag kommen, wurde das Berufsbild Schulassistenz entwickelt. Unter bestimmten Voraussetzungen haben Kinder ein Recht darauf.
- Aktuell sind bei der KIB rund 380 Schulassistentinnen und -assistenten beschäftigt. Zusätzliche 145 Mitarbeitende sind sowohl für Schulassistenz wie für Freizeitbetreuung tätig. Wie viele Kinder eine Assistenzkraft betreut, hängt unter anderem vom Betreuungsbedarf ab.

die Turbulenzen der vergangenen Monate Rückschritte befürchtet. „Wir als Eltern versuchen, Lucia bestmöglich zu fördern, damit sie möglichst hohe Selbstständigkeit im Leben erreichen kann. Doch ohne Unterstützung ist man als Familie bald an der Grenze des Machbaren angelangt – fachlich, emotional, aber auch finanziell.“

Viel Bürokratie und eine Familie mit Zukunftsangst

Brugger berichtet von überbordender Bürokratie. Für jede Therapie bedarf es neuer Anträge samt umfassender Begründung. „Lucia hat Trisomie 21, das wird sich nicht ändern. Warum dann die Prozedur immer wieder? Für uns erscheint das sinnlos“, sagt die Mutter.

Die Erfahrungen aus diesem Schuljahr haben in der engagierten Familie Zukunftsängste aufkommen lassen: „Überall wird mit Inklusion geworben und hingewiesen, dass die Teilhabe aller ein verbrieftes Recht ist. In Wirklichkeit wird es einem aber sehr schwer gemacht“, so der ernüchternde Befund der Bruggers, die sich mittlerweile fragen: „Sind Menschen mit Behinderung Bürger zweiter Klasse?“

Claudia Thurner

BITTE BLÄTTERN SIE UM

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Grundlagen nicht ausreichend geprüft

So heißt es im Urteil, dass dem Gemeinderat im Zuge der Widmung " keine ausreichenden Entscheidungsgrundlagen" bezüglich "Vermeidung von Nutzungskonflikten; Wasserversorgung; Schutz des Landschaftsbildes; Bewahrung erhaltenswerter natürlicher oder naturnaher Landschaftselemente und Landschaftsteile; verkehrsmäßige Erschließung" vorgelegen seien. Außerdem habe der Gemeinderat "nicht berücksichtigt, dass auf der Sonderfläche sämtliche auf Grund des Widmungswortlautes zulässigen Vorhaben umgesetzt werden könnten."

Konkret hätte der Gemeinderat nämlich davon ausgehen müssen, dass alle Vorhaben entsprechend der Widmung umgesetzt werden könnten. Sprich, dass der Betreiber tatsächlich rund 4.000 Puten im geplanten Geflügelstall unterbringt, anstelle der in den meisten Gutachten genannten 800 Stück. Außerdem sei vom Baubezirksamt Imst, Abteilung Wasserwirtschaft die Wasserversorgung für die Widmungsfläche nicht berücksichtigt worden. Der VGH kommt daher zum Schluss: "Die angefochtene Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Obsteig ist sohin schon mangels einer hinreichenden Grundlagenforschung mit Gesetzwidrigkeit belastet. Bei diesem Ergebnis muss auf die weiteren Bedenken des antragstellenden Gerichtes nicht mehr eingegangen werden."

In unmittelbarer Nähe zum Siedlungsgebiet sollte ein Geflügelhof entstehen. Foto: privat
hochgeladen von Agnes Dorn

Geflügelfarm ist endgültig gestorben

2. April 2025, 09:33 Uhr

Der Bauwerber hatte mit den Arbeiten bereits begonnen. Foto: privat hochgeladen von Agnes Dorn

Die Widmung für den geplanten Geflügelstall im Obsteiger Weiler Wald wurde vom Verfassungsgerichtshof als rechtswidrig erkannt.

OBSTEIG. Der jahrelange Rechtsstreit der Anrainer gegen einen geplanten Geflügelstall im Landschaftsschutzgebiet von Wald hat nun ein Ende: Nach dem Antrag des Landesverwaltungsgerichtshofs liegt nun das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vor, der die Widmung des Gemeinderats vom Juni 2021 als rechtswidrig erkennt.

Anzeige

In die Zukunft investieren

Weil die digitale Zukunft zählt, investiert A1 in

Stadtrat Christian Kovacevic (l.) kritisierte vor allem die gestiegenen Personalkosten, während Gemeinderätin Gabi Madersbacher (r.) zur absoluten Budgetdisziplin aufforderte.
Foto: Nimpf hochgeladen von Christiane Nimpf

Liquide Mittel lange nicht auf Null

Bürgermeister Michael Riedhart versuchte daraufhin, die Situation zu entschärfen. Seiner Ansicht nach sei die Lage nicht so dramatisch, wie von der Opposition dargestellt.

> "Bei den liquiden Mitteln sind wir keineswegs auf Null. Wir haben noch immer liquide Mittel von über 6 Millionen Euro. (...) Da gibt es andere Gemeinden im Bezirk Kufstein, die haben 100 Prozent Verschuldungsgrad. Jetzt bei 38 Prozent vom finanziellen Kollaps zu reden, halte ich für übertrieben",

erwidert Riedhart auf die Kritik. Dennoch räumte er ein, dass man die Personalkosten überprüfen müsse. "Wir haben eine sogenannte Projektgruppe gebildet, Anfang Jänner, weil wir Kosten optimieren wollen. Uns ist das alles bewusst", bestätigt der Bürgermeister.

12 von 21 sagen "Ja"

Zu mehr Budgetdisziplin forderte auch Gemeinderätin Gabi Madersbacher auf: "Toll ist es nicht, dieses Finanzergebnis. (...) Wir haben 6 bis 7 Millionen noch an liquiden Mitteln auf den Konten. In Zukunft werden wir aber wieder 4 Millionen Euro Minus haben, nämlich Ende nächsten Jahres", prophezeit Madersbacher und pocht daher auf "absolute Budgetdisziplin". Unterstützung erhielt sie von Gemeinderätin Patricia Kofler, die appellierte, dem Rechnungsabschluss nicht zuzustimmen, solange die Ergebnisse des Überprüfungsausschusses nicht vorlägen. Trotz der teils massiven Kritik wurde der Antrag am Ende mit 12 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen. Die Diskussionen über die Finanzlage der Stadt dürften dennoch noch lange nicht beendet sein.

Explodierende Personalkosten

Ein zentrales Thema der Diskussionen rund um die Jahresrechnung hörte man auch nicht zum ersten Mal: die enormen Personalkosten der Stadt. Scharfe Kritik dahingehend kam unter anderem von Stadtrat Christian Kovacevic, welcher auf die explodierenden Personalkosten sowie die rapide Verschlechterung der finanziellen Situation seit Amtsantritt von Bürgermeister Michael Riedhart aufmerksam machte.

> "Ich muss festhalten, die Aussage des Herrn Bürgermeisters, dass wir im letzten Jahr gut gewirtschaftet haben, diese Meinung teile ich nicht. 4,4 Millionen Euro mehr auszugeben, als man einnimmt, bedeutet eben nicht, wirtschaftlich gut gearbeitet zu haben. Ich sehe leider auch keine Besserung in Zukunft",

so Kovacevic. Besorgniserregend sei der massive Anstieg der Personalkosten, die allein im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Millionen Euro gestiegen sind. Dies könne man auch nicht mehr nur mit Indexanpassungen argumentieren. Schließlich handle es sich um eine Steigerung von 14,4 Prozent. "Die auffälligsten Kostensteigerungen sind die im Zentralamt. Und das sollte man einfach konkret hinterfragen", ergänzt der Stadtrat. Konkrete Antworten auf seine Fragen bezüglich der Beschäftigten im Stadtamt bekam Kovacevic allerdings nicht. Aufgrund des Datenschutzes könne man Personen und deren Gehälter in einer öffentlichen Sitzung nicht offenlegen, hieß es seitens der Rechtsabteilung.

> "Wir haben eine Überschreitung von 500.000 Euro im Personalbereich und sofern man gewisse Dinge in Sache Personal abklären kann, sollte man das schon machen. Und sich nicht immer hinter dem Datenschutz verstecken",

wirft auch Gemeinderat Hubert Aufschnaiter seine Meinung in den Saal, woraufhin einige Madantarinnen und Mandatare sogar auf die Tische klopften und "Beifall" gaben.

WÖRGL. Bei der jüngsten Gemeinderatssitzung in Wörgl wurde abgerechnet – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Auf der Tagesordnung stand nämlich die Jahresrechnung 2024, die zusammengefasst ein Minus von rund 4,4 Millionen Euro ergibt. Dabei muss man allerdings erwähnen, dass es eigentlich "nur" 1,4 Millionen hätten sein können, allerdings wurde die Ausfinanzierung der Begegnungszone auf 2025 verschoben. Hätte man – wie ursprünglich geplant – bereits 2024 die Ausfinanzierung vorgenommen, wäre im Finanzierungshaushalt ein Mittelzufluss von etwa 3 Millionen Euro zu verbuchen gewesen. Dies hätte das Gesamtergebnis verbessert: von minus 4,4 auf minus 1,4 Millionen Euro. Trotzdem bleibt eine Tatsache bestehen, was auch bei der Gemeinderatssitzung am 31. März einmal mehr aufgezeigt wurde: Wörgl muss handeln, um seine Finanzen langfristig auf stabile Beine stellen zu können. Dahingehend wurde jetzt sogar ein eigens eingerichtetes Projektteam aus Verwaltung und Politik gegründet, welches nun Möglichkeiten finden soll, um Einnahmen zu steigern, Ausgaben zu reduzieren und mehr Budgetdisziplin an den Tag zu legen.

Stolze Kostenexplosion beim Haus der Physik

Neubau in Innsbruck war im Jahr 2022 noch mit 180,8 Millionen Euro veranschlagt. Nun sind es plötzlich 230 Millionen Euro!

Zeit ist relativ“, sagte einst der berühmte Physiker Albert Einstein. Heute würde er wohl sagen, dass Zeit teuer ist – gewaltig teuer sogar. Jüngstes Beispiel dafür ist das neue Haus der Physik, das bis 2028 im Westen der Stadt Innsbruck errichtet wird. Am Dienstag fand der offizielle Spatenstich zu dem Großprojekt statt. Wie mehrfach berichtet, werden auf den rund 28.000 Quadratmetern 850 Studierende und 500 Mitarbeiterinnen die Rätsel des Universums erforschen.

In einer Presseaussendung im Jahr 2022 hieß es: „Die Bundesimmobiliengesellschaft investiert 180,8 Millionen Euro in den Universitätsneubau.“ In der Presseaussendung nach dem Spatenstich war jedoch folgender Satz zu lesen: „Die Bundesimmobiliengesellschaft investiert rund 230 Millionen Euro in den Neubau.“

Foto: © mohr niklas architekten ZT GmbH

Eine Visualisierung zeigt, wie das Haus der Physik nach der Fertigstellung aussehen wird.

> *Aufgrund der Entwicklung bei den Baupreisen kam es zu einer Steigerung der Kosten. Sie wurden vom Ministerium freigegeben.*
>
> Natalie Weiß

„Exorbitant gestiegene Baukosten“ ein Grund

Wie kam es zu dieser Kostenexplosion von beinahe 50 Millionen Euro innerhalb von nur drei Jahren?

Auf Nachfrage der „Krone“ sagt Natalie Weiß von der Bundesimmobiliengesellschaft, dass es „aufgrund der Baupreisentwicklung der letzten Jahre zu einer Steigerung der Kosten kam“. Seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung seien die Kosten freigegeben worden. Abschließend meint die Sprecherin noch, dass „die Preisentwicklung vor allem auf exorbitant gestiegenen Baukosten, den gestiegenen Energiepreisen und Personalkosten beruht“.

Bleibt nur noch abzuwarten, ob es bis zur Fertigstellung des Baus zu weiteren Kostenexplosionen kommt. Zeit ist bekanntlich sehr teuer . . . **Manuel Schwaiger**

LISTE FRITZ JUBELT

Aus für Mastbetrieb „politische Watschn“

Endgültig nichts wird aus einem geplanten Geflügelmastbetrieb im Ortsteil Wald in der Gemeinde Obsteig, über den die „Krone“ mehrfach berichtet hatte. Der Verfassungsgerichtshof hat nämlich eine entsprechende Sonderflächenwidmung als gesetzeswidrig aufgehoben. Erfreut darüber zeigt sich die Liste Fritz, die das Thema im Landtag auf die Agenda gesetzt hatte. Klubobmann Markus Sint meint, dass „das richtig heftig ist und kein alltäglicher Vorgang. Das ist eine politische Watschn für die Vorgangsweise im Gemeinderat Obsteig und für die schwarz-rote Landesregierung“. **ms**

Foto: Privat

Das alte Tirol

ZWEIRADSAISON

Viele Motorräder und Mopeds werden jetzt wieder aus der Garage geholt und für die Zweiradsaison aufpoliert. Auch der Onkel von Einsender Gerhard Eberharter aus Wiesing war ein Fan heißer Öfen. „Das Foto zeigt Onkel Armin mit seinem ganzen Stolz im Frühling 1962.“ Danke für das tolle Foto.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

4,4 Millionen fehlen in Wörgls Jahresrechnung 2024

2. April 2025, 08:57 Uhr

Die Jahresrechnung 2024 der Stadt Wörgl weist ein Minus von etwa 4,4 Millionen Euro auf. Foto: Nimpf hochgeladen von Christiane Nimpf

Wörgl steht wegen eines Finanzierungsdefizits von 4,4 Millionen Euro und stark gestiegener Personalkosten in der Kritik. Trotz Debatten im Gemeinderat wurde der Budgetantrag mehrheitlich angenommen (12 Ja-Stimmen von 21).

Toplinks

BEZAHLTE ANZEIGE VON HAND. ÜBERRASCHEND NAH
Unsere „Qualität Tirol"

Die Musikveranstaltung findet im stillgelegten, teils baufälligen Schwimmbad statt. DJs legen dort am Samstag von 21 bis 6 Uhr Früh auf. Foto: Hrdina

Wie safe ist der „Rave im Wave“?

3000 Menschen werden am Samstag zur Musikveranstaltung in Wörgl erwartet. Die Festnahme zweier eines geplanten Anschlags Verdächtiger befeuert die Sicherheitsdebatte.

Wörgl – Einen „Rave im Wave“ zu veranstalten, ist an sich schon ein Wagnis. Gefahrenpotenzial lauert in dem teils verfallenen ehemaligen Wörgler Schwimmbad allemal. Dass die Polizei nun offenbar einen Anschlag auf die Party vereiteln konnte, befeuert die Sicherheitsdebatte erneut. Wie berichtet, wurden ein 19-Jähriger und eine 17-Jährige wegen gefährlicher Drohung verhaftet. Die beiden gaben laut Polizei an, sie hätten ihre Pläne nicht weiterverfolgen wollen.

Die Anschlagspläne kamen zumindest aus polizeilicher Sicht aus heiterem Himmel. Wie Polizeisprecher Bernhard Gruber versichert, waren die beiden Einheimischen aus dem Bezirk Kufstein „bisher in keiner Weise auffällig“. Die 17-Jährige und der Hauptbeschuldigte (19), der sich seit Sonntag in U-Haft befindet, seien weder amtsbekannt noch einer einschlägigen Szene zuzurechnen. In das diffuse Bild passt auch, dass den Ermittlern des Landeskriminalamts das Motiv für den geplanten Anschlag bisher ein Rätsel bleibt.

Die Stadtgemeinde gab als Veranstaltungsbehörde am Dienstag jedenfalls grünes Licht für die Musikveranstaltung. Wie sorgt man für die Sicherheit der gut 3000 Gäste, die zum Event erwartet werden? Der Veranstalter urbangrounds reagierte am Mittwoch nicht auf Anfragen.

Gesprächiger wird er am Samstag sein müssen: Die Kommunikation zwischen Veranstalter, Behörde und Polizei werde verstärkt, heißt es vonseiten der Polizei. Am sicherheitspolizeilichen Konzept habe man wegen des Vorfalls nichts geändert. Es habe schon vorher einen umfangreichen und intensiven Rahmen gehabt. In der Hausordnung zur Veranstaltung heißt es, draußen bleiben müssen große Rucksäcke, Waffen und derartige Gegenstände, stark alkoholisierte oder unter Drogeneinfluss stehende Personen und unter 18-Jährige.

Laut Bürgermeister Michael Riedhart könnte es künftig noch weitere, vereinzelte Kulturveranstaltungen im Wave geben. *(jazz, tom)*

Höchstgericht stutzt Plan für Obsteiger Geflügelfarm

Widmung war gesetzwidrig: Nach jahrelangem Streit zwischen Jungbauer und Bürgerinitiative ist der Erweiterungsbau vom Tisch.

Obsteig – Es ist druckfrisch und kein Aprilscherz: Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in Wien besagt, dass die Änderung des Flächenwidmungsplanes zur Errichtung eines Gefügelmastbetriebes im Obsteiger Weiler Wald „gesetzeswidrig“ war und somit aufzuheben ist. Gleichzeitig wird die Landesregierung verpflichtet, diese Aufhebung unverzüglich kundzumachen.

Seit vielen Jahren wehrt sich die „Bürgerinitiative Wald“ gegen einen Jungbauern in Sachen Geflügelzucht. Erst ging es um den Hof mitten im Weiler, dann um einen Neubau 70 Meter von den Häusern entfernt. Während sich das zivilrechtliche Verfahren gegen den Betrieb im Ort in die Länge zieht (es fehlt

> *„Wahrscheinlich wird es einen feuerpolizeilichen Abbruch der bisherigen Baumaßnahmen geben.“*
>
> Erich Mirth
> (Bürgermeister Obsteig)

das Geruchs- und Emissionsgutachten), scheint die Erweiterung des Geflügelhofes im Landschaftsschutzgebiet nun vom Tisch zu sein.

Am 24. Juni 2021 hatte der Obsteiger Gemeinderat die Änderung des Flächenwidmungsplanes beschlossen. Bei der Bauverhandlung im November 2021 bezweifelte ein Nachbar die Gesetzmäßigkeit von Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Dennoch erhielt der Jungbauer unter Auflagen die Baubewilligung.

Das LVwG stellte mehrere Bedenken fest. Außerdem würde die Widmung die Unterbringung von bis zu 4334 Puten ermöglichen.

Der daraufhin angerufene Verfassungsgerichtshof in Wien konzentrierte sich in erster Linie auf die Frage der Entscheidungsgrundlagen. Eine Intensivhaltung von Puten ist gesetzlich ab 3000 Tieren angenommen. Im Planungsverfahren gingen aber die diversen Gutachten nur von der Errichtung eines Geflügelstalles für 500 bis 1000 Puten aus. Das stehe im Widerspruch zur Widmung.

Das zweite Thema war die Wasserversorgung. Demnach ging die Stellungnahme des Baubezirksamtes Imst lediglich auf „die Abwasserentsorgung, nicht jedoch die Wasserversorgung für die Widmungsfläche“ ein. Insgesamt urteilt der Verfassungsgerichtshof: Die Flächenwidmung sei „schon mangels einer hinreichenden Grundlagenforschung mit Gesetzeswidrigkeit belastet“.

> *„Das ist eine politische Watschn für die Vorgangsweise im Gemeinderat und die Landesregierung.“*
>
> Markus Sint
> (Klubobmann Liste Fritz)

Auf eigenes Risiko hatte der Jungbauer bereits die Arbeiten zur Erweiterung gestartet. Bislang stehen die Mistlege und Teile des Untergeschoßes. Er selbst meint: „Ich will mich dazu jetzt nicht äußern.“ Die Bürgerinitiative ist erfreut, betont allerdings, dass es noch ein Verfahren wegen des Hofes im Weiler gibt. Das Erkenntnis aus Wien hat Bürgermeister Erich Mirth noch nicht erreicht: „Wenn wir es haben, werden wir uns damit auseinandersetzen. Wahrscheinlich wird es einen feuerpolizeilichen Abbruch geben.“

Die Liste Fritz hatte sich politisch für die Anliegen der Bürgerinitiative starkgemacht: Der Verfassungsgerichtshof watsche „Gemeinde und Mattle-Regierung ab“, sagt Klubobmann Markus Sint. *(pascal)*

Auf eigenes Risiko hatte der Jungbauer schon vorab mit dem Bau begonnen. Foto: Paschinger

Anwälte üben Kritik an Gebühren

Die Gerichtsgebühren wurden mit April um 23 Prozent erhöht. Mit dem freien Rechtszugang zur Justiz steht dies im Widerspruch.

Von Reinhard Fellner

Innsbruck – Seit Jahren wird in Österreich die Höhe der Gerichtsgebühren beklagt. Schon mehrfach rügte die EU ein Österreich-Justiz-Spezifikum: Um Geld ins Budget zu spülen, beträgt der Kostendeckungsgrad der heimischen Justiz 117 Prozent. Platz zwei im EU-Negativranking belegt Deutschland – mit 45 Prozent. Die letzten Justizminister gelobten eine Reduktion, schafften aber nur einen Verzicht auf die Inflationsanpassung. In Zeiten höchster Budgetnot schlug das Pendel mit April aber besonders heftig gegen Justiz und Bürger aus: Plus 23,03 Prozent beträgt die Gebührenerhöhung im Schnitt.

Das Justizministerium begründete dies gegenüber der *TT* ganz sachlich: So seien die Gerichtsgebühren an den Verbraucherpreisindex gekoppelt und die Erhöhung deshalb gesetzlich vorgeschrieben gewesen. Ein Veto durch den Nationalrat sei nicht erfolgt. Zumindest sei das höchste Jahreseinkommen für allfällige Gebührenbefreiungen von 14.834 auf 18.251 angehoben worden.

> *„Es ist Aufgabe des Staates, den BürgerInnen einen freien Zugang zum Recht zu gewähren.“*
>
> Rechtsanwältin Birgit Streif
> (Präsidentin RA-Kammer Tirol)

Kein Trost für etliche Vertreter des Rechtsanwaltsstandes. Birgit Streif, Präsidentin der Tiroler Rechtsanwaltskammer: „Seit Jahren kritisiert die österreichische Anwaltschaft die hohen Gerichtsgebühren als Hürde im Zugang zum Recht. Zu bedenken ist, dass die Gebühren in einem gerichtlichen Verfahren nicht nur einmal – zu Verfahrensbeginn –, sondern insbesondere auch für jedes eingebrachte Rechtsmittel anfallen. Bedenklich ist, wenn BürgerInnen auf ein Rechtsmittel gegen eine Entscheidung lediglich aufgrund der hohen Gebühren verzichten müssen. Aus Sicht der RechtsanwältInnen ist es Aufgabe des Staates, Bürgern einen freien Zugang zum Recht zu gewähren.“

Präsidentin Streif nennt Beispiele: Bei einer Scheidung fielen bisher für Antrag und Vergleich Gebühren in Höhe von 645 Euro an. Diese erhöhen sich nun auf 794 Euro. Aber auch bei hohen Streitwerten, wie sie bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern oder bei Liegenschaften auftreten, fallen Gerichtsgebühren zusätzlich massiv belastend ins Gewicht. Unter Annahme eines Streitwertes von 450.000 Euro erhöhen sich die Gebühren für die erste Instanz von 9603 auf 12.364 Euro.“

Ein Rumoren geht durch den Anwältestand. RA Christian Ortner zur *TT*: „Den Zugang zum Recht so einzuschränken, verstößt klar gegen den Art. 6 EMRK, der ein Recht auf faires Verfahren garantiert. Aber so muss man sich die Gebühren oder Gutachten für 10.000 Euro erst einmal leisten können, dazu kommt noch das Prozessrisiko.“

Flucht endete im Schulgarten

Am Dienstagabend fuhr ein 21-jähriger Russe mit seinem Pkw auf der Schützenstraße in Innsbruck. Aufgrund einer Verkehrsübertretung wurde der Mann von einer Streife aufgefordert anzuhalten. Daraufhin raste der Mann davon. Auf seiner Flucht fuhr er gegen eine Einbahn, missachtete rote Ampeln und überschritt die erlaubte Höchstgeschwindigkeit. Schließlich landete er im Garten der Volksschule Neu-Arzl. Er wollte zu Fuß flüchten, wurde aber von der Polizei festgenommen. Foto: Liebl

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

LISTE FRITZ JUBELT

Aus für Mastbetrieb „politische Watschn“

Endgültig nichts wird aus einem geplanten Geflügelmastbetrieb im Ortsteil Wald in der Gemeinde Obsteig, über den die „Krone“ mehrfach berichtet hatte. Der Verfassungsgerichtshof hat nämlich eine entsprechende Sonderflächenwidmung als gesetzeswidrig aufgehoben. Erfreut darüber zeigt sich die Liste Fritz, die das Thema im Landtag auf die Agenda gesetzt hatte. Klubobmann Markus Sint meint, dass „das richtig heftig ist und kein alltäglicher Vorgang. Das ist eine politische Watschn für die Vorgangsweise im Gemeinderat Obsteig und für die schwarzrote Landesregierung“. ms

Höchstgericht stutzt Plan für Obsteiger Geflügelfarm

Widmung war gesetzwidrig: Nach jahrelangem Streit zwischen Jungbauer und Bürgerinitiative ist der Erweiterungsbau vom Tisch.

Obsteig – Es ist druckfrisch und kein Aprilscherz: Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in Wien besagt, dass die Änderung des Flächenwidmungsplanes zur Errichtung eines Geflügelmastbetriebes im Obsteiger Weiler Wald „gesetzeswidrig" war und somit aufzuheben ist. Gleichzeitig wird die Landesregierung verpflichtet, diese Aufhebung unverzüglich kundzumachen.

Seit vielen Jahren wehrt sich die „Bürgerinitiative Wald" gegen einen Jungbauern in Sachen Geflügelzucht. Erst ging es um den Hof mitten im Weiler, dann um einen Neubau 70 Meter von den Häusern entfernt. Während sich das zivilrechtliche Verfahren gegen den Betrieb im Ort in die Länge zieht (es fehlt

> *„Wahrscheinlich wird es einen feuerpolizeilichen Abbruch der bisherigen Baumaßnahmen geben."*
>
> Erich Mirth (Bürgermeister Obsteig)

das Geruchs- und Emissionsgutachten), scheint die Erweiterung des Geflügelhofes im Landschaftsschutzgebiet nun vom Tisch zu sein.

Auf eigenes Risiko hatte der Jungbauer schon vorab mit dem Bau begonnen. Foto: Paschinger

Am 24. Juni 2021 hatte der Obsteiger Gemeinderat die Änderung des Flächenwidmungsplanes beschlossen. Bei der Bauverhandlung im November 2021 bezweifelte ein Nachbar die Gesetzmäßigkeit von Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Dennoch erhielt der Jungbauer unter Auflagen die Baubewilligung.

Das LVwG stellte mehrere Bedenken fest. Außerdem würde die Widmung die Unterbringung von bis zu 4334 Puten ermöglichen.

Der daraufhin angerufene Verfassungsgerichtshof in Wien konzentrierte sich in erster Linie auf die Frage der Entscheidungsgrundlagen. Eine Intensivhaltung von Puten ist gesetzlich ab 3000 Tieren angenommen. Im Planungsverfahren gingen aber die diversen Gutachten nur von der Errichtung eines Geflügelstalles für 500 bis 1000 Puten aus. Das stehe im Widerspruch zur Widmung.

Das zweite Thema war die Wasserversorgung. Demnach ging die Stellungnahme des Baubezirksamtes Imst lediglich auf „die Abwasserentsorgung, nicht jedoch die Wasserversorgung für die Widmungsfläche" ein. Insgesamt urteilt der Verfassungsgerichtshof: Die Flächenwidmung sei „schon mangels einer hinreichenden Grundlagenforschung mit Gesetzeswidrigkeit belastet".

> *„Das ist eine politische Watschn für die Vorgangsweise im Gemeinderat und die Landesregierung."*
>
> Markus Sint (Klubobmann Liste Fritz)

Auf eigenes Risiko hatte der Jungbauer bereits die Arbeiten zur Erweiterung gestartet. Bislang stehen die Mistlege und Teile des Untergeschoßes. Er selbst meint: „Ich will mich dazu jetzt nicht äußern." Die Bürgerinitiative ist erfreut, betont allerdings, dass es noch ein Verfahren wegen des Hofes im Weiler gibt. Das Erkenntnis aus Wien hat Bürgermeister Erich Mirth noch nicht erreicht: „Wenn wir es haben, werden wir uns damit auseinandersetzen. Wahrscheinlich wird es einen feuerpolizeilichen Abbruch geben."

Die Liste Fritz hatte sich politisch für die Anliegen der Bürgerinitiative starkgemacht: Der Verfassungsgerichtshof watsche „Gemeinde und Mattle-Regierung ab", sagt Klubobmann Markus Sint. *(pascal)*

Lern-App-Vergabe

Der Bericht über die Prüfung der Vorgänge rund um die Lernapp „Innsbruck gemeinsam" sorgt für Aufsehen.

Der Stadtrechnungshof hat in gewohnter Art und Weise die Vorgänge rund um die Lern-App auf 45 Seiten aufgearbeitet. Neben dem Stadtrechnungshof üben die Liste Fritz und die FPÖ Kritik an der Vorgangsweise. Mit einer Anfrage im Oktober 2023 hat die damalige Gemeinderätin Julia Seidl einen umfangreichen Fragenkatalog präsentiert. In dieser Sitzung wurde auch der Antrag: „Das Kontrollamt wird beauftragt, die Vorgänge rund um die Lern-App ‚Innsbruck gemeinsam' vollumfänglich zu prüfen, da die Antworten auf die dringende Anfrage unzureichend und nicht nachvollziehbar sind." beschlossen.

Präsentation der Lern-App im Dezember 2021. Foto: IKM/Dullnigg

Erschwerte Prüfung

Dem Stadtrechnungshof Innsbruck war es im Zuge seiner Prüfung nicht mehr möglich, die Lern-App „Innsbruck gemeinsam" herunterzuladen und in weiterer Folge die Ausführung der erbrachten Leistungen zu überprüfen. Die Datenschutzbeauftragte der Stadt Innsbruck hat aus Datenschutzgründen die Abschaltung der LernApp veranlasst. Für die Erstellung der LernApp „Innsbruck gemeinsam" hat die Stadt Innsbruck dem Unternehmen der N.N.-Gruppe einen Betrag von insgesamt brutto 47.040 Euro überwiesen.

Verwunderung

Der Stadtrechnungshof zeigte sich darüber verwundert, dass in den vorliegenden Prüfungsunterlagen zu den ersten beiden Angeboten/Aufträgen (Amt für Allgemeine Sicherheit und Veranstaltungen der MA II sowie Amt für Gesundheit, Markt- und Veterinärwesen der MA V) keine konzeptiven Unterlagen enthalten waren, die sich bspw. mit dem Bedarf zur Entwicklung der LernApp „Innsbruck gemeinsam" beschäftigten. Konkret hätte sich der Stadtrechnungshof dokumentierte Überlegungen zu Themen wie bspw. Bedarfsbegründung,

in der Kritik

Ziele, Zielgruppen, mittel- und/oder langfristige Weiterentwicklung der App, etc. erwartet. Für den Stadtrechnungshof war es nicht möglich, Prüfungserkenntnisse über die wesentlichen Aspekte und Fragestellungen zu erlangen.

App „Innsbruck gemeinsam" in heftiger Kritik Foto: dafne.digital

Handlungsbedarf

„Der Bericht des Kontrollamts benennt nicht nur Verstöße bei der Auftragsvergabe, sondern auch Missstände bei der Erstellung der App selbst. Immerhin hat das Projekt 47.000 Euro Steuergeld gekostet. Zudem verursacht es weiterhin jährlich 15.000 Euro an Kosten aufgrund eines Wartungsvertrages, obwohl die App bereits im Herbst 2023 vom Netz genommen werden musste", so Haselwanter-Schneider, die Konsequenzen einfordert. Die FPÖ kritisiert, dass Anzengruber immer Wasser predigt, aber selbst Wein trinke. „Salbungsvoll spricht Bgm. Anzengruber immer von Transparenz und Sauberkeit, davon ist aber im Kontrollbericht in Bezug auf ihn nichts zu sehen. Stattdessen finden sich nur Alleingänge des ehemaligen Vizebürgermeisters", so Lassenberger. „Anzengruber braucht als Bürgermeister offenbar absolute Kontrolle."

Kritik an der

Der Bericht über die Prüfung der Vorgänge rund um die Lernapp „Innsbruck gemeinsam" sorgt für Aufsehen.

Der Stadtrechnungshof hat in gewohnter Art und Weise die Vorgänge rund um die Lern-App auf 45 Seiten aufgearbeitet. Neben dem Stadtrechnungshof üben die Liste Fritz und die FPÖ Kritik an der Vorgangsweise. Mit einer Anfrage im Oktober 2023 hat die damalige Gemeinderätin Julia Seidl einen umfangreichen Fragenkatalog präsentiert. In dieser Sitzung wurde auch der Antrag: „Das Kontrollamt wird beauftragt, die Vorgänge rund um die Lern-App ‚Innsbruck gemeinsam' vollumfänglich zu prüfen, da die Antworten auf die dringende Anfrage unzureichend und nicht nachvollziehbar sind." beschlossen.

Präsentation der Lern-App im Dezember 2021. Foto: IKW/Dulnig

Erschwerte Prüfung

Dem Stadtrechnungshof Innsbruck war es im Zuge seiner Prüfung nicht mehr möglich, die Lern-App „Innsbruck gemeinsam" herunterzuladen und in weiterer Folge die Ausführung der erbrachten Leistungen zu überprüfen. Die Datenschutzbeauftragte der Stadt Innsbruck hat aus Datenschutzgründen die Abschaltung der LernApp veranlasst. Für die Erstellung

Lern-App-Vergabe

der LernApp „Innsbruck gemeinsam" hat die Stadt Innsbruck dem Unternehmen der N.N.-Gruppe einen Betrag von insgesamt brutto 47.040 Euro überwiesen.

Verwunderung

Der Stadtrechnungshof zeigte sich darüber verwundert, dass in den vorliegenden Prüfungsunterlagen zu den ersten beiden Angeboten/Aufträgen (Amt für Allgemeine Sicherheit und Veranstaltungen der MA II sowie Amt für Gesundheit, Markt- und Veterinärwesen der MA V) keine konzeptiven Unterlagen enthalten waren, die sich bspw. mit dem Bedarf zur Entwicklung der LernApp „Innsbruck gemeinsam" beschäftigten. Konkret hätte sich der Stadtrechnungshof dokumentierte Überlegungen zu Themen wie bspw. Bedarfsbegründung, Ziele, Zielgruppen, mittel- und/oder langfristige Weiterentwicklung der App, etc. erwartet. Für den Stadtrechnungshof war es nicht möglich, Prüfungserkenntnisse über die wesentlichen Aspekte und Fragestellungen zu erlangen.

Handlungsbedarf

„Der Bericht des Kontrollamts benennt nicht nur Verstöße bei der Auftragsvergabe, sondern auch Missstände bei der Erstellung der App selbst. Immerhin hat das Projekt 47.000 Euro Steuergeld gekostet. Zudem verursacht es weiterhin jährlich 15.000 Euro an Kosten aufgrund eines Wartungsvertrages, obwohl die App bereits im Herbst 2023 vom Netz genommen werden musste", so Haselwanter-Schneider, die Konsequenzen einfordert. Die FPÖ kritisiert, dass Anzengruber immer Wasser predigt, aber selbst Wein trinke. „Salbungsvoll spricht Bgm. Anzengruber immer von Transparenz und Sauberkeit, davon ist aber im Kontrollbericht in Bezug auf ihn nichts zu sehen. Stattdessen finden sich nur Alleingänge des ehemaligen Vizebürgermeisters", so Lassenberger. „Anzengruber braucht als Bürgermeister offenbar absolute Kontrolle."

App „Innsbruck gemeinsam" in heftiger Kritik foto: dufhen digital

Kritik im Vorfeld aus der Opposition

Bereits vor dem Gemeinderat gab es kritische Stimmen aus der Opposition, was die Bausperren und die damit zusammenhängenden Vorbehaltsflächen angeht. Die KPÖ ist sich sicher, dass man mit Maßnahmen wie diesen den Wohnungsnotstand in Innsbruck noch lange nicht beseitigen könne. Was fehlt, ist nach wie vor ein konkreter Plan für den Bau von neuen leistbaren Stadtwohnungen in den nächsten Jahren. Die Liste Fritz forderte bereits vor der Gemeinderatssitzung „transparentes Handeln". Heißt genau: mit den betroffenen Grundstücksbesitzern müsse das Gespräch gesucht werden, wenn dies nicht bereits geschehen sei. In den Reihen der Neos regte sich massive Kritik zur Vorgehensweise der Stadt. Sie warfen der Stadt vor, dass diese Maßnahme dazu diene, die Eigentümer unter Druck zu setzen, „um zwangsweise Teile ihrer Flächen an die Stadt abzutreten."

Gemeinderat: 29 zu

Die Bausperren im Zuge der Vorbehaltsflächen wurden im Gemeinderat heiß debattiert. Der Beschluss ging durch.

(lmk) In einer über drei Stunden langen Debatte diskutierte man in der März-Gemeinderatssitzung über die geplanten Bausperren für Vorbehaltsflächen. In Innsbruck fallen 23 Grundflächen von 26 (Mit)Eigentümerinnen und Eigentümern (darunter kirchliche Einrichtungen, Investoren oder Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer aus dem Ausland) unter das Planungsinstrument des Tiroler Raumordnungsgesetzes.

SPÖ frohlockt

In den Augen Plachs hat der Gemeinderat einen „historischen Beschluss" vor sich. Den Kritikern wirft er entgegen, dass man ein Landesgesetz aus den 90er anwendet. Bauland, das seit den 70er und 80er Jahren als Bauland mitten in der Stadt gewidmet ist, müsse genutzt werden, und das mit einem Mindestanteil an gefördertem Wohnbau. Mit der Bausperre möchte man Fehlentwicklungen, wie in der Vergangenheit, vermeiden. Die betroffenen Flächen können von Seiten der Stadt und eines gemeinnützigen Wohnbauträgers zu Konditionen der Wohnbauförderung erworben werden, 619 Euro pro Quadratmeter (gemäß den aktuellen Wohnbauförderungsrichtlinien). Die Eigentümer werden in den kommenden Tagen mit einem Brief des Bürgermeisters persönlich informiert.

Kritische Zustimmung

Die Jubelstürme kann Liste Fritz Haselwanter-Schneider nicht ganz nachvollziehen. Sie relativiert die Maßnahme: „Ja, es ist ein Schritt in die richtige Richtung", aber es ist letztendlich erst einmal „nur" eine Bausperre, die ein Jahr hält. „Ich will allen Enteignungsschreiern sagen: diese Flächen bleiben gewidmetes Bauland, es nehme niemand, niemanden etwas weg. [...] Es ist jemanden mit einer Fläche von 7.000 Quadratmetern zumutbar, einen Teil von dieser Fläche zu anderen Konditionen zu verkaufen." Kritisch sieht Haselwanter-Schneider allerdings auch, dass man die Opposition erst eine Woche vor der Gemeinderatssitzung über die Thematik der „Bausperren" informierte, schon fast „überfallsartig", so die Liste Fritz-Gemeinderätin.

Seitens ALi befürwortet man die Maßnahme deutlich, so Gemeinderat Mesut Onay. Allerdings bräuchte es weitere Maßnahmen, neben den Vorbehaltsflächen. Auch die KPÖ stimmte dem Beschluss zu, pochte aber darauf: „Keine Profite, mit der Miete".

11 für Bausperren

FPÖ - Gesinnungswandel?
Ebenfalls wird von Gemeinderat Lassenberger die Kurzfristigkeit der Information an die Opposition zu den Vorbehaltsflächen kritisiert. Für Lassenberger bleibt es allerdings eine „Enteignung", da der bezahlte Preis deutlich geringer wäre, als der Immobilienpreisspiegel vorgibt. Besonders betonte er den „Sinneswandel" des Bürgermeisters. Das betonte Miteinander im Gemeinderat wäre gestorben, so der FPÖ-Gemeinderat, als die Aussendung und Einberufung zur Bauausschusssitzung kam, mit der Ankündigung, dass man „ratz-fatz" eine Bausperre veranlasst, die schnell abgehandelt und dann im Gemeinderat „durchgedrückt" wird. Das fehlende Miteinander oder genauer gesagt, das „wie" kritisierte auch Gemeinderätin Winkler von „Das neue Innsbruck". Kollege Stoll bezweifelt zudem, dass die Bausperren großen Sinn ergeben. Auch wann die Wohnungen gebaut werden sollen, fragt sich Stoll, „über dieses Projekt werden keine neuen Wohnungen in absehbarer Zeit entstehen".

Die Bausperren wurden im Innsbrucker Gemeinderat beschlossen. Widerstand gab es vor allem von der FPÖ. Foto: Rosa Bay/PhotoMIX-Company (Symbolbild)

Antrag auf Schluss der Debatte
Letztendlich lief die Debatte über die Bausperren länger als gedacht. Immer neue Wortmeldungen kamen hinzu. Aliena Kappe stellte schlussendlich den Antrag auf Ende der Debatte. Nach weiteren abzuarbeitenden Wortmeldungen wurden die Bausperren im Innsbrucker Gemeinderat für Vorbehaltsflächen beschlossen. Stimmenthaltung gab es seitens der Liste Tursky, für die Bausperre stimmten alle Parteien außer die FPÖ.

ZUR SACHE

Kritisch blieb die Opposition ebenfalls während der Debatte zum Beschluss der Bausperren. Auch wenn Janine Bex von den Grünen ausführlich erläuterte, welche Kriterien eine Fläche erfüllen muss, um als Vorbehaltsfläche und somit unter die Maßnahme der Bausperren zu fallen. Aufgrund der „überfallsartigen" Vorgehensweise der Regierung befürchtet Liste Fritz Haselwanter-Schneider, dass „uns das rechtlich um die Ohren fliegen" und nicht standhalten wird. Die KPÖ verweist in der Debatte auf das konservativ regierte Südtirol. Dort sei es sogar seit 1972 gelebte Praxis, dass Gemeinden bei Baulandwidmungen bis zu ⅔ der Fläche für den gemeinnützigen Wohnbau beanspruchen könnten. Auch wenn der Beschluss mit einer großen Mehrheit dem Stadtsenat zur Bearbeitung überwiesen wurde, bleibt es angesichts der kritischen Stimmen abzuwarten, wie sich das Projekt der Vorbehaltsflächen weiter entwickeln wird.

Agrar kämpft bis Höchstgericht

Laut Land ist die Agrargemeinschaft Zams Gemeindegut. Die Agrarier haben beschlossen, Beschwerde einzureichen – wenn nötig auch in Wien.

Von Matthias Reichle

Zams – „Das bin ich den Mitgliedern schuldig“, sagt Agrarobmann Josef Hammerl. Der Schritt sei nur „logisch“. Die Agrargemeinschaft Zams wird – wenn nötig – bis vor das Höchstgericht in Wien ziehen, um den Bescheid der Agrarbehörde zu bekämpfen.

Der sorgte Anfang März für erheblichen Wirbel in der Gemeinde. Das Land stellte darin nämlich fest, dass es sich bei der Agrargemeinschaft Zams um Gemeindegut handeln würde.

Vier Wochen hatten die Agrarier Zeit, dagegen Beschwerde zu erheben. Man wird diesen Weg gehen. „Sollte das Landesverwaltungsgericht dem Bescheid der Tiroler Landesregierung/Agrarrecht folgen, so wird gegen den Beschluss des Landesverwaltungsgerichts Revision beim Verwaltungsgerichtshof (Höchstgericht) erhoben“, heißt es im Beschluss der Agrargemeinschaft. Hammerl selbst will keine weitere Stellungnahme abgeben.

Foto: Böhm

> *Im Sinne der allgemeinen Rechtssicherheit ist das daher seitens der Gemeinde zu begrüßen.“*
>
> Benedikt Lentsch (Bürgermeister)

Die Agrargemeinschaft Zams legt Beschwerde vor dem Landesverwaltungsgerichtshof ein. Foto: Reichle

Die Agrarbehörde hatte festgestellt, dass es im Fall von Zams in den 60er-Jahren zu keiner echten Hauptteilung gekommen ist. Damals sind große Teile des Gemeindevermögens an die Agrargemeinschaft übertragen worden. Die Aufteilung des Grundes sei damals nicht rechtens gewesen, heißt es.

„Legitimes Recht“

Die Gemeinde Zams hatte sich 2024 einen Rechtsanwalt genommen, um den Fall prüfen zu lassen. Die Entscheidung der Agrarbehörde sorgte für Freude. Man sprach von einem erheblichen Vermögen und jährlichen Pachteinnahmen, die der Gemeinde zugutekommen.

Die Entscheidung der Agrar, in Revision zu gehen, nehme er gelassen auf, sagt Bürgermeister Benedikt Lentsch: „Der Schritt in die nächste Instanz ist ein legitimes Recht der Agrargemeinschaft und in einem Rechtsstaat ein üblicher Vorgang. Im Sinne der allgemeinen Rechtssicherheit ist das daher seitens der Gemeinde zu begrüßen.“

Landtagsanfrage zur Causa

Aktuell läuft eine Landtagsanfrage der Liste Fritz zur Causa. Klubobmann Markus Sint fordert das Land auf, „alle 150 Gemeinden, bei denen der Fall ähnlich gelagert ist, von Amts wegen überprüfen zu lassen.“ Es könne nicht sein, dass sich jede Kommune einen Anwalt nehmen muss, „um zu ihrem Recht zu kommen“. Er spricht davon, dass man den Fall Zams schon viel früher hätte aufgreifen müssen. Vor allem bezieht man sich auf eine Anfragebeantwortung aus 2019, in der es hieß, bei der Agrargemeinschaft Zams habe es eine Hauptteilung gegeben.

Am Campus Technikerstraße sollen unter anderem 500 Arbeitsplätze entstehen. Foto: Springer/Filippo Bolognese Images

Quantensprung für die Forschung

Die Uni Innsbruck erhält einen weiteren Standort. Bis 2028 soll das Haus der Physik neu gebaut werden.

Von Eva-Maria Hörtnagl

Innsbruck – Noch befindet sich an diesem Platz in der Technikerstraße eine Grube mit Matsch. Hier soll in einigen Jahren das neue Haus der Physik stehen, ein Zentrum für Naturwissenschaften der Universität Innsbruck.

Die Physik habe in der Tiroler Landeshauptstadt eine „lange Tradition und internationale Strahlkraft“, erklärt Wissenschaftsministerin Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) am Dienstag beim symbolischen Spatenstich. Das Forschungszentrum werde „ein Zuhause für die klügsten Köpfe unserer Zeit“. Uni-Rektorin Veronika Sexl verweist auf den Physik-Nobelpreisträger Anton Zeilinger, dessen „bahnbrechende Arbeiten“ in Innsbruck geboren wurden.

Bereits 2023 eröffnete die Universität mit dem Ágnes-Heller-Haus einen weiteren Standort für Lehre und Unterricht. Bis zum Beginn des Wintersemesters 2028 wird nun mit dem Haus der Physik ein neues Projekt umgesetzt. Dort sollen bisher verstreute Institute wie die Quanten-, Ionen- und Astrophysik unter einem Dach vereint werden. Die Bundesimmobiliengesellschaft investiert rund 230 Millionen Euro in den Neubau. „Ein stattlicher Betrag“, erklärt Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP). „Das ist nicht selbstverständlich.“

Foto: Axel Springer

> *Die Physik hat in Innsbruck eine lange Tradition und internationale Strahlkraft.“*
>
> Eva-Maria Holzleitner (Wissenschaftsministerin, SPÖ)

Das Haus der Physik zeichne sich durch den Standort „am Rande des größten Entwicklungsgebiets“ der Stadt aus, bekundet Innsbrucks Bürgermeister Johannes Anzengruber. Geplant ist auch eine kompakte Bauweise: Das Gebäude „steht für höchsten Standard nachhaltigen Bauens“, sagt Uni-Rektorin Sexl. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und die Rückgewinnung der Laborwärme sorgen für Energieeffizienz.

Auf rund 28.000 Quadratmetern sind neben einem zweistöckigen Hörsaal für 300 Menschen auch Labore, Seminar- und Praktikumsräume geplant. Am neuen Unistandort sollen künftig 500 Arbeitsplätze und Raum für 850 Studierende entstehen.

Kurzparkzonen gegen Langzeit-Parker

Telfs – Firmenfahrzeuge, Autos mit ausländischem Kennzeichen oder mit Nummerntafeln aus anderen Bezirken stoßen so manchem Einwohner sauer auf, wenn sie über Nacht oder sogar über mehrere Tage öffentliche Parkflächen blockieren: Die Marktgemeinde Telfs will dem Missbrauch von Parkplätzen und Parkstreifen jetzt mit der Verordnung von Kurzparkzonen begegnen. Vor allem in den Bereichen Saglstraße, Friedhof St. Georgen und im Bereich Schweizerhof könnte es künftig nicht mehr möglich sein, sein Auto mehrere Stunden gebührenfrei abzustellen.

Der Gemeinderat hat in allen drei Fällen einen Grundsatzbeschluss für eine Kurzparkzone von Montag bis Sonntag gefällt. Demnach soll man nur noch mit Parkscheibe drei Stunden gratis parken können, Anwohner können eine Parkkarte beantragen. „Wir wollen Dauerparker verhindern, der Anreiz soll sein, auf Öffis umzusteigen“, erklärt Bürgermeister Christian Härting. Gemeindevorstand Christoph Walch ergänzt: „Wir müssen die Infrastruktur, die mit öffentlichen Geldern unserer Bevölkerung gezahlt worden ist, auch so verwenden, dass ein Nutzen für die Bevölkerung entsteht.“

Kritik kommt unter anderem von Gemeinderat Alfred Mühl, der die Sinnhaftigkeit der Kurzparkzone infrage stellt. Trotz Dauerparkern wären etwa in der Saglstraße immer noch ausreichend Parkplätze vorhanden, argumentiert er. Außerdem kritisiert er, dass durch die Einrichtung von Kurzparkzonen erneut Kosten entstehen, die auf die Bürger abgewälzt werden. *(TT)*

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Sint: „Leistbarer Wohnraum, keine Mitarbeiterhäuser“

KITZBÜHEL. In Kitzbühel soll ein großes Mitarbeiterhaus für 220 Tourismusmitarbeiter entstehen. Bauen will es die gemeinnützige Wohnbaugesellschaft Tiroler Wohnen – wir berichteten.

Das Vorhaben stößt Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint sauer auf. „Ob es tatsächlich so großen Bedarf dafür gibt, müssen die Großhoteliers und die Stadt Kitzbühel klären. Wenn ja, dann sollen die Großhoteliers dafür aber nicht gemeinnützige Wohnbaugesellschaften einspannen und Gelder aus der Wohnbauförderung lukrieren, sondern sich das Mitarbeiterhaus selber bezahlen“, so Sint.

„Keine Kernaufgabe“

Für Sint gehört der Bau von Mitarbeiterhäusern für Großhoteliers nicht zu den Kernaufgaben einer gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft: „Ihre Kernaufgabe ist es, leistbaren Wohnraum für die Einheimischen zu errichten und nicht Großhoteliers zu fördern. Mitarbeiterhäuser können private Baugesellschaften errichten.“

„Zweckentfremdung“

Die Liste Fritz lehnt es grundsätzlich ab, für Mitarbeiterhäuser von Großhoteliers Gelder der Wohnbauförderung zu verwenden. „Die Landesregierung nimmt Geld aus der Wohnbauförderung zur Tourismusförderung her. Das ist Zweckentfremdung und widerspricht der ursprünglichen Zielsetzung. Wir als Liste Fritz wollen die Wohnbauförderungs-Richtlinien deshalb ändern, damit künftig kein Geld aus der Wohnbauförderung für Mitarbeiterhäuser von Großhoteliers ausgegeben wird“, so Sint. (niko)

KURZMELDUNGEN AUS DEM BEZIRK KITZBÜHEL

ST. JAKOB. Auf Anfrage von GR Josef Niedermoser zur Loipennutzung im Winter berichtete Bgm. Franz Wallner, dass ein Grundbesitzer Durchfahrt (Loipe) und Durchgang (Winterwanderweg) verwehrt hat und deshalb die „Sonnenloipe" nicht vollständig präpariert werden konnte. Der Grundbesitzer forderte eine höhere Loipenentschädigung (für sich und alle betroffenen Bauern). Ein einheitlicher Tarif für das gesamte Pillerseetal sei nicht umsetzbar, man suche aber weiterhin das persönliche Gespräch. Wallner erklärte, dass es in allen Gemeinden dieselbe Problematik gebe. Vize-Bgm. Michael Perterer betonte die Wichtigkeit der Loipen für Tourismus und Infrastruktur. Diese werde „leider immer öfter als Druckmittel verwendet". Der TVB ließ einheitliche Hinweistafeln (St. Jakob, Hochfilzen St. Ulrich) anfertigen, auf denen die Gäste um Verständnis gebeten werden, wenn eine Loipe mit Winterwanderweg durch einen Grundbesitzer nicht mehr genehmigt wurde.

WAIDRING. Im Gemeinderat (Dez.) wurde beschlossen (12 Ja, 1 Nein), Auftragsvergaben (Sonderplanungen) für den Kindergarten-Neubau an den Gemeindevorstand zu delegieren. GR-EM Josef Waltl brachte dazu einen Antrag ein, der die Übertragung an den Gemeindevorstand ablehnte und von fehlender Kontrolle und Demokratie im Gemeinderat geschrieben wird. Der Antrag wurde nicht berücksichtigt und im Plenum wurde betont, dass jedenfalls im Gemeinderat Demokratie herrsche.

KITZBÜHEL. Im Kontext der Russlandsanktionen wurden auch in Kitzbühel Immobilien (drei Grundstücke, vier Villen) einer Russin „eingefroren"; beim Innenministerium waren die Villen-Käufe von der Liste Fritz gemeldet worden (wir berichteten). Nach einem Einspruch der Russin wurden die Villen nun wieder freigegeben (lt. Entscheidung des Landesgerichts Innsbruck). Die entsprechenden Einträge im Grundbuch mussten lt. TT wieder gelöscht werden. Die Liste Fritz sprach von einer „Farce".

Agrar kämpft bis Höchstgericht

Laut Land ist die Agrargemeinschaft Zams Gemeindegut. Die Agrarier haben beschlossen, Beschwerde einzureichen – wenn nötig auch in Wien.

Von Matthias Reichle

Zams – „Das bin ich den Mitgliedern schuldig", sagt Agrarobmann Josef Hammerl. Der Schritt sei nur „logisch". Die Agrargemeinschaft Zams wird – wenn nötig – bis vor das Höchstgericht in Wien ziehen, um den Bescheid der Agrarbehörde zu bekämpfen.

Der sorgte Anfang März für erheblichen Wirbel in der Gemeinde. Das Land stellte darin nämlich fest, dass es sich bei der Agrargemeinschaft Zams um Gemeindegut handeln würde.

Vier Wochen hatten die Agrarier Zeit, dagegen Beschwerde zu erheben. Man wird diesen Weg gehen. „Sollte das Landesverwaltungsgericht dem Bescheid der Tiroler Landesregierung/Agrarrecht folgen, so wird gegen den Beschluss des Landesverwaltungsgerichts Revision beim Verwaltungsgerichtshof (Höchstgericht) erhoben", heißt es im Beschluss der Agrargemeinschaft. Hammerl selbst will keine weitere Stellungnahme abgeben.

Foto: Bilanz

> *„Im Sinne der allgemeinen Rechtssicherheit ist das daher seitens der Gemeinde zu begrüßen."*
>
> **Benedikt Lentsch (Bürgermeister)**

Die Agrargemeinschaft Zams legt Beschwerde vor dem Landesverwaltungsgerichtshof ein. Foto: Reichle

Die Agrarbehörde hatte festgestellt, dass es im Fall von Zams in den 60er-Jahren zu keiner echten Hauptteilung gekommen ist. Damals sind große Teile des Gemeindevermögens an die Agrargemeinschaft übertragen worden. Die Aufteilung des Grundes sei damals nicht rechtens gewesen, heißt es.

„Legitimes Recht"

Die Gemeinde Zams hatte sich 2024 einen Rechtsanwalt genommen, um den Fall prüfen zu lassen. Die Entscheidung der Agrarbehörde sorgte für Freude. Man sprach von einem erheblichen Vermögen und jährlichen Pachteinnahmen, die der Gemeinde zugutekommen.

Die Entscheidung der Agrar, in Revision zu gehen, nehme er gelassen auf, sagt Bürgermeister Benedikt Lentsch: „Der Schritt in die nächste Instanz ist ein legitimes Recht der Agrargemeinschaft und in einem Rechtsstaat ein üblicher Vorgang. Im Sinne der allgemeinen Rechtssicherheit ist das daher seitens der Gemeinde zu begrüßen."

Landtagsanfrage zur Causa

Aktuell läuft eine Landtagsanfrage der Liste Fritz zur Causa. Klubobmann Markus Sint fordert das Land auf, „alle 150 Gemeinden, bei denen der Fall ähnlich gelagert ist, von Amts wegen überprüfen zu lassen." Es könne nicht sein, dass sich jede Kommune einen Anwalt nehmen muss, „um zu ihrem Recht zu kommen". Er spricht davon, dass man den Fall Zams schon viel früher hätte aufgreifen müssen. Vor allem bezieht man sich auf eine Anfragebeantwortung aus 2019, in der es hieß, bei der Agrargemeinschaft Zams habe es eine Hauptteilung gegeben.

Beamte und ÖVP im Aufsichtsrat

Das Kontrollorgan für die neue, 600 Millionen schwere Fernpassgesellschaft wirft Fragen auf. LHStv. Geisler verteidigt die Auswahl. Nassereither Bürgermeister Kröll fordert Sitz im Aufsichtsrat.

Von Peter Nindler und Alexander Paschinger

Innsbruck, Nassereith – Als ob das Fernpasspaket nicht ohnehin schon seit Monaten heftig genug debattiert würde. Jetzt gerät auch der jüngst bestellte Aufsichtsrat der mit 600 Millionen Euro ausgestatteten Fernpassgesellschaft in Diskussion. Die Gesellschaft verantwortet den Bau des Scheiteltunnels, die Errichtung der zweiten Röhre des Lermooser Tunnels sowie Entlastungsmaßnahmen entlang der Fernpassstrecke. Und sie ist für die künftige Mauteinhebung zuständig.

Dass just mit Landesbaudirektor Christoph Molzer, dem Leiter der Verkehrsabteilung Bernhard Knapp und Manfred Tschopfer von der Finanzabteilung drei weisungsgebundene Landesbeamte im fünfköpfigen Aufsichtsrat vertreten sind, sorgt für Verwunderung. Dazu kommt u. a. mit Brigitte Wüster noch die stellvertretende ÖVP-Bezirksparteiobfrau von Imst. Drei Landesbeamte und eine ÖVP-Funktionärin für die Kontrolle, hat das nicht eine schiefe Optik?

Straßenbaureferent und Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) spricht von einer künstlichen Aufregung. „Alle Mitglieder sind aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten selbstverständlich für diese Funktion mehr als geeignet." Interessenkonflikte sehe er keinesfalls. Fünfter Aufsichtsrat ist übrigens Christoph Schreyer aus Biberwier.

Die Fempassgesellschaft soll u. a. den 1,4 Kilometer langen und 160 Mio. Euro teuren Tunnel errichten. Foto: Daniel Liebl

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht zum Landesenergieversorger Tiwag 2021 dem Land hingegen transparente Auswahlkriterien für Aufsichtsräte in Landesunternehmen empfohlen. So sollten „im Zuge der Implementierung von Prozessen zur Auswahl von Personen für Aufsichtsratsfunktionen auch geeignete Maßnahmen zur Prüfung von Interessenkonflikten" vorgesehen werden, um solche zu vermeiden und die Unabhängigkeit und Objektivität aller Aufsichtsratsmitglieder zu gewährleisten. Die OECD-Leitsätze zu Corporate Governance in Staatsbetrieben unterstreichen wiederum die Notwendigkeit von unabhängigen Aufsichtsräten, die „frei von wesentlichen Interessen oder Beziehungen zu dem betreffenden Unternehmen, seiner Geschäftsführung, anderen bedeutenden Anteilseignern und dem Eigentumsträger sein (sollten), durch die die Bildung eines objektiven Urteils gefährdet werden könnte".

Hier hakt der Klubchef der Liste Fritz Markus Sint ein: „Bei der Fernpassstraßen Gesellschaft geht es um Hunderte Millionen Euro Steuergeld. Für die ausgelagerte Landesgesellschaft müssen alle Tiroler haften. Bei derart schwindelerregenden Summen muss die Kontrolle besonders unabhängig und unbeeinflusst erfolgen. Das ist bei der Fernpassgesellschaft nicht der Fall." So sei der Personalchef der Landesbediensteten Landeshauptmann Mattle, der politische Chef der stellvertretenden ÖVP-Bezirkspar-

> *„Allein der Anschein einer Befangenheit oder eines Interessenkonfliktes ist bei der Bestellung von Aufsichtsräten zu vermeiden."*
>
> Markus Sint/Liste Fritz (Klubobmann)

teiobfrau von Imst ebenfalls ÖVP-Obmann Mattle. „Weisungsgebundene Beamte und eine ÖVP-Funktionärin garantieren keine gesicherte und funktionierende Kontrolle. Sie erwecken jeden Anschein von Abhängigkeit und Interessenkonflikten", kritisiert Sint.

Was ihn darüber hinaus stört: „Die Regierung hat dem Rechnungshof zwar zugesagt, sich daran halten zu wollen, tut aber das Gegenteil. Die ÖVP ist null lernfähig, sie verabscheut unabhängige Kontrolle und kontrolliert sich selbst. Das ist Machtpolitik zum Schaden der Steuerzahler."

„Dann gute Nacht Österreich“

Wie es reiche Russen und Putin-Freunde schaffen, trotz der EU-Sanktionen ihre prächtigen Villen im Tiroler Nobel-Ort Kitzbühel zu behalten

Von Patrick Guyton

Die Innenstadt von Kitzbühel. Die Gemeinde ist bei den Schönen und Reichen beliebt – auch bei Oligarchen. Foto: Bildagentur Muehlanger/ imago

Wer seine Millionen zeigen und ausgeben möchte, der ist in Kitzbühel am richtigen Ort. Das Tiroler Städtchen ist das Mekka der Schönen und Reichen der Welt, die dort gern edlen Winterurlaub machen oder sich in einem Chalet niederlassen.

So auch zahlreiche russische Oligarchen. Als Unterstützer von Präsident Wladimir Putin und dessen Krieg gegen die Ukraine stehen viele von ihnen auf der Sanktionslisten der Europäischen Union. Ihr Besitz in der EU wird eingefroren, sie kommen nicht mehr ran. Das müsste auch bei Eduard Chudainatow so sein, einem schwer reichen Öl-Manager und Putin-Vertrauten.

Mit einiger Finesse, wie es scheint, haben sich Chudainatow mit seinem privaten Umfeld aber aus den Sanktionen herausgemogelt. Auf drei Grundstücke mit vier Luxusvillen, die zum stolzen Preis von insgesamt 26 Millionen Euro gekauft worden waren, haben sie weiterhin unbehelligt Zugriff. Man braucht dafür: eine Lebensgefährtin mit einem zypriotischen Pass.

Der Tiroler Landtagsabgeordnete Markus Sint von der unabhängigen „Liste Fritz“ sowie das internationale Recherchenetzwerk OCCRP haben ziemlich akkurat über die Immobiliengeschäfte von Svetlana E. recherchiert. Sie gilt, auch wenn ihr Anwalt das bestreitet, als langjährige Lebensgefährtin von Chudainatow. Immerhin hat sie laut OCCRP zwei Kinder von ihm.

E. ist Russin, hat aber einen Pass der Republik Zypern erlangt und ist somit EU-Bürgerin. Das geschieht haufenweise auf der Mittelmeerinsel, Zypern gilt als Einfallstor für Russen in die Europäische Union.

Als Zypriotin kaufte sie, das hat der Abgeordnete Sint feinsäuberlich dokumentiert, in den Jahren 2017, 2018 und 2021 die Kitzbüheler Anwesen.

Woher hatte Swetlana E. die 26 Millionen, und was macht eine Frau mit vier Villen? Sint war empört. „Behörden und Politik wissen um dieses Zypern-Schlupfloch“, kritisiert er. Als Russin hätte E. ein öffentliches Interesse an den Villen nachweisen müssen, als EU-Bürgerin stehen ihr die Pforten offen. Sie fungiere „nur als Strohfrau für einen sanktionierten Oligarchen“.

Das OCCRP berichtet, dass E. bislang meist nicht gearbeitet hat und wenn, dann bei staatlichen russischen Stellen mit einem Jahresgehalt von unter umgerechnet 20.000 US-Dollar.

Da sich die Gemeinde, das Land Tirol und Österreich nach Ansicht von Sint taub stellten, meldete er selbst Mitte 2024 die Immobiliendeals an die zuständige Direktion Staatsschutz und Nachrichten (DNS) im Innenministerium.

Bald darauf konnte der Abgeordnete im Grundbuch nachschauen, dass die Villen eingefroren und damit sanktioniert worden waren, wie es die EU vorsieht.

Dagegen klagte Swetlana E. allerdings vor dem Innsbrucker Landesgericht – und bekam am 30. Januar dieses Jahres Recht, wie das österreichische Innenministerium auf Anfrage der AZ bestätigt. Die Richter wiesen auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes hin, dass „die bloße Darlegung einer beispielsweise familiären Verbindung“ zwischen einem Oligarchen und etwa seiner Partnerin nicht für eine Sanktionierung ausreiche.

Ähnlich gelagert ist der Fall eines weiteres Anwesens in Kitzbühel, von den Einheimischen als „Putin-Villa“ bezeichnet. Diese gehört offiziell einer zypriotischen Briefkastenfirma, tatsächlich aber laut OCCRP dem Oligarchen und Putin-Freund Arkadi Rotenberg.

Auch dieses Haus ist nicht sanktioniert. Nicht bestätigt sind Beobachtungen von Kitzbühelern, die dort schon die beiden Töchter von Wladimir Putin im Urlaub gesehen haben wollen.

Und nun? Das Innenministerium schreibt, die „Herausforderung“ seiner Staatsschützer bestehe darin nachzuweisen, Vermögen einer sanktionierten Person zuzuordnen, auch wenn das durch „Verschleierungsmethoden“ verborgen wird.

Der Abgeordnete Sint verlangt, dass auf allen Ebenen viel hartnäckiger recherchiert und ermittelt wird. „Wenn so etwas wie mit den Villen durchgeht“, meint er, „dann gute Nacht Österreich, gute Nacht Europa.“

Gesundheit

ANZEIGE

FPÖ sieht „linksradikale Genossentruppe“

Harsche Kritik kam indes aus den Reihen der FPÖ. Für die Tiroler Nationalratsabgeordnete und Wirtschaftssprecherin Barbara Kolm, selbst Innsbruckerin, würden die betroffenen Grundflächen „der freien Verfügung ihrer Eigentümer“ entzogen, sie würden dadurch „praktisch unverkäuflich“. Im nächsten Schritt könne die Stadt diese „günstig erwerben oder enteignen“, meinte sie und fragte, warum die Stadtregierung „fremde Grundstücke nicht zu marktüblichen Preisen erwirbt“.

Dies sei ein „massiver Angriff auf die Privatautonomie und Eigentumsfreiheit der Stadtbürger.“ Auch Innsbrucks FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger ortete in der Stadtregierung eine „lupenreine linke bis linksradikale Genossentruppe“, das „bürgerliche Innsbruck samt ihren Leistungsträgern wird geschröpft, wo es nur geht und nun auch noch enteignet.“ Lassenberger erinnerte zudem daran, dass Anzengruber „selbst noch vor wenigen Jahren in der letzten Periode gegen so ein Vorhaben gestimmt hat.“

Bei der Gemeinderatssitzung zeichnete sich indes eine über die Stimmen der Stadtregierungs-Parteien hinausgehende Mehrheit ab. Denn die dort vertretene KPÖ sah einen „längst überfälligen Schritt“, der aber nicht ausreiche. Für Klubobfrau Pia Tomedi müsse die Stadt aber „einen Plan vorlegen, wie viele neue Stadtwohnungen in den nächsten Jahren gebaut werden.“ Auch die Liste Fritz kündigte ihre Zustimmung an. „Das ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, um leistbaren Wohnraum in Innsbruck zu ermöglichen“, sagte Parteichefin und Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider. Sie mahnte allerdings Transparenz und Gespräche mit den Eigentümern ein, immerhin gehe es um „einen Eingriff in ein privates Eigentum“.

Auch die Partei Alternative Liste Innsbruck (ALI) will „die Ausweisung mit Freude unterstützen“. Für die mittlerweile nicht mehr im Gemeinderat vertretenen NEOS war die anstehende Bausperre hingegen „inakzeptabel“. „Wer im Schnellverfahren tief in Eigentumsrechte eingreift, ohne nachvollziehbare Kriterien offenzulegen, stellt zentrale Prinzipien von Transparenz und Planungsfairness ernsthaft in Frage“, kritisierte Landtagsabgeordnete Susanna Riedlsperger und verwies auf die Bauausschusssitzung, die nur eine Stunde vor dem Gemeinderat Donnerstagfrüh angesetzt wurde.

Konkret wurden vom Stadtplanungsamt Grundflächen anhand bestimmter Kriterien wie Mindestfläche und Bauplatzkonfiguration definiert, sprach Amtsvorstand Wolfgang Andexlinger von einer „komplexen rechtlichen Fragestellung". Die Verhängung der Bausperre soll nun „Fehlentwicklungen", wie etwa eilige Grundstücksteilungen, verhindern.

Im Laufe des Jahres wird das Örtliche Raumordnungskonzept (ÖROKO) geändert, in dem diese Flächen als Vorbehaltsflächen ausgewiesen werden. Maximal zwei Jahre nach Erstellung des ersten Entwurfs des ÖROKO gilt dann die Bausperre und eine Lösung mit dem Eigentümer soll gefunden werden. Denn: Einen Teil seines Grundstücks - maximal 50 Prozent - muss er nämlich entweder an die Stadt oder einen gemeinnützigen Wohnbauträger zu Wohnbauförderkonditionen verkaufen. Geschieht dies nicht, erfolgt nach zehn Jahren eine Rückwidmung in Freiland.

Betroffen sind neben Privatpersonen auch kirchliche Einrichtungen, Investoren oder Grundbesitzer aus dem Ausland. „Wir haben die Instrumente und auch die Verantwortung, sie zu nutzen", hielt die grüne Planungsstadträtin, Janine Bex, fest. Auch sie wehrte sich gegen den Vorwurf der Enteignung, es sei vielmehr eine „gemeinsame Aktivierung in einem fairen Prozess". Nach Beschluss der Bausperre werden alle Eigentümer kontaktiert und über das Vorhaben aufgeklärt. Wie viel Prozent der rund zehn betroffenen Hektar schließlich tatsächlich für geförderten Wohnbau zur Verfügung stehen werden, wollte sie außerdem noch nicht prognostizieren. Einerseits sei dies Verhandlungssache, andererseits gebe es bei den Grundflächen auch Nutzungseinschränkungen wie Straßen.

Während Anne Weidner, Referatsleiterin für Raumordnung und Stadtplanung, definitiv mit juristischen Auseinandersetzungen mit Grundeigentümern rechnete, sah SPÖ-Stadtparteivorsitzender und Klubobmann Benjamin Plach die Stadt auf rechtlich sicheren Beinen stehen. „Das hält auch einer gerichtlichen Überprüfung stand", meinte er und verwies auf den Status der Stadt Innsbruck als „Vorbehaltsgemeinde", der ihr vom Land Tirol im November 2022 zugeschrieben worden war.

Außerdem stütze die Wohnbedarfsstudie des Landes das Vorgehen. Bei der nächsten Fortschreibung des ÖROKO werde die Stadt außerdem verpflichtet, Vorbehaltsflächen festzulegen. „Wer da von Enteignung spricht, hat die Dringlichkeit nicht verstanden", verwies Plach zudem auf über 2.000 Innsbruckerinnen und Innsbrucker, die auf eine Stadtwohnung warten.
In der vergangenen Legislaturperiode unter Bürgermeister Georg Willi (Grüne) war die Ausweisung der Vorbehaltsflächen noch gescheitert. Die ÖVP - der Anzengruber damals noch selbst angehört hatte - hatte sich als Koalitionspartner dagegen gestemmt.

Innsbruck verhängt Bausperren im großen Stil für Bauland

Rund zehn Hektar sind gewidmet aber unbebaut. Sie sollen nun gefördertem Wohnbau vorbehalten sein.

Politik APA, Redaktion 26.03.2025

Die Innsbrucker Stadtregierung bestehend aus der Liste von Stadtchef Johannes Anzengruber (JA - Jetzt Innsbruck), Grünen und SPÖ rückt Eigentümern von unbebautem Bauland zu Leibe. Zur Mobilisierung dieser Flächen soll am Donnerstag im Gemeinderat eine Bausperre über 23 Grundflächen von 26 Eigentümern verhängt werden, die anschließend Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau werden sollen. Während ein Teil der Opposition dies begrüßte, sprach die FPÖ von „Enteignung".

Für den Bürgermeister wiederum ging es um eine „gemeinsame" und „kooperative" Entwicklung der rund zehn Hektar, die seit mindestens 15 Jahren als Bauland gewidmet, jeweils über 2.500 Quadratmeter groß aber unbebaut sind. „Das ist eine Möglichkeit, die uns das Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) seit 1994 einräumt", sagte Anzengruber am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Innsbruck. Die Stadt wolle damit das „ständige Überbieten und Preise nach oben treiben abfedern und unterbinden" und „leistbaren Wohnraum schaffen".